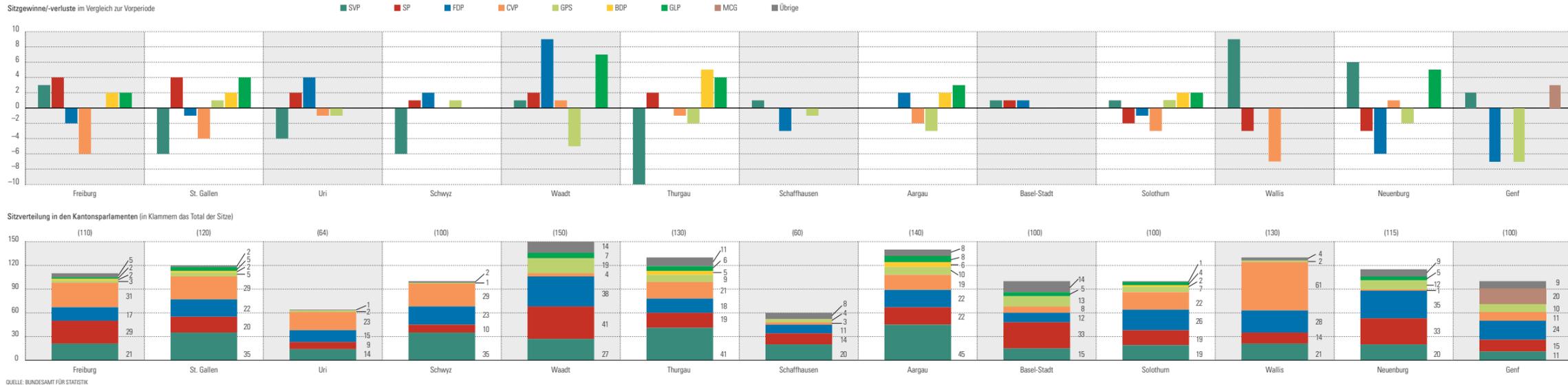
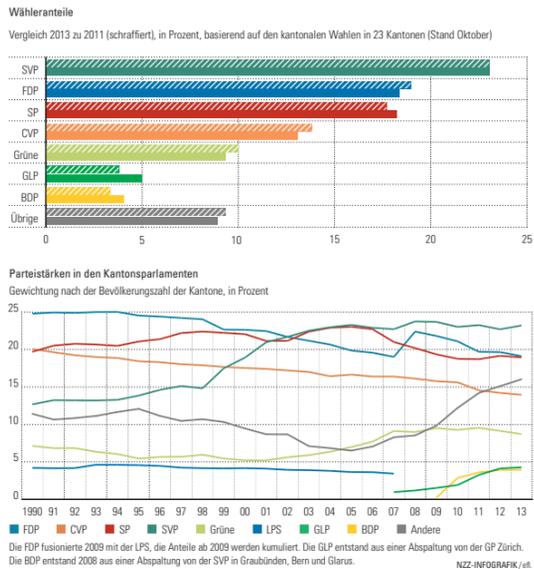


Kantonale Parlamentswahlen in der ersten Legislaturhälfte 2011 bis 2015



QUELLE: BUNDESAMT FÜR STATISTIK



NZZ-INFOGRAFIK/et.

BDP – nur gekommen, um zu regieren?

Die Bürgerlich-Demokratische Partei ringt um Themen und Etablierung

Fünf Jahre nach der Gründung ist nicht restlos klar, wo sich die BDP einordnet. Zunächst wurde sie als die «anständige SVP» bezeichnet. Unterdessen hat sich die Partei weit von Positionen der SVP entfernt. Sie erinnert an die früheren Demokraten.

Michael Schoenenberger

Was andere erdauern müssen oder nie erhalten, das hatte die Bürgerlich-Demokratische Partei schon ganz am Anfang: Einsitz im Bundesrat. Die Regierungsbeteiligung ist Stärke und Achillesferse der BDP zugleich. Sie garantiert Publicity, Einfluss und Teilhabe an der Macht, führt die Kleinpartei aber auch in eine gefährliche Abhängigkeit von ihrem Exekutivmandat – zumal die BDP erst aus der Regierungsbeteiligung heraus geboren wurde. So wird die weitere Geschichte zeigen, ob der markige Parteislogan «gekommen, um zu bleiben» nicht treffender «gekommen, um zu regieren» zu lauten hätte.

Als die BDP vor fünf Jahren in Glarus aus der Taufe gehoben wurde, rechnete kaum jemand mit dem ansehnlichen Erfolg bei den nationalen Wahlen 2011. Auf gute 5,4 Prozent kletterte der Wähleranteil. Was noch immer bescheiden im Vergleich zu Mitstreitern war und nicht zur Regierungsbeteiligung legitimierte, fand in der analytischen Hast schon am Wahltag den geeigneten Stempel: Der Rede vom «Wahlsieger» war geboren. In der Folge traten die BDP-Politiker, besonders der seit Mai 2012 amtierende Parteipräsident Martin Landolt, denn auch als selbstsichere Siegertypen auf.

Profil noch mangelhaft

Das Parteiprogramm lag zwar bereits am Gründungstag 2008 vor, trotzdem war die BDP jene Partei, die von den Wählerinnen und Wählern gemäss der Selects-Wahlumfrage von 2011 mit keinem Thema richtig identifiziert wurde. Es war seither das sichtbare Bemühen der Parteispitze, an Profil zu gewinnen und die grosse Abhängigkeit von der eigenen Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf zu reduzieren. In enger Absprache mit der BDP-Finanzministerin steckte der Parteipräsident in der Finanz- und Steuerpolitik für eine bürgerliche Partei ungewohnte Positionen ab. Landolt provozierte mit Kurswechseln bei Bankkundengeheimnis, Privatsphäre und automatischem Informationsaustausch. So kam die BDP einerseits der Linken entgegen, auf deren

Stimmen Widmer-Schlumpf auf Gedeih und Verderben angewiesen ist. Andererseits entdeckte die BDP offenbar – bedenkt man die positive Entwicklung in den kantonalen Wahlen – eine «bürgerliche Marktücke». Sie spricht «Citoyens» an, die eher dem Etatismus zu-neigen und keine Berührungspunkte mit dem Steuerstaat kennen. Eine weitere inhaltliche Profilierung ist in der Energiepolitik gelungen, auch dank der CVP. Hier trägt die BDP den Atomanstieg einmütig mit, obwohl in ihren eigenen Reihen prominente frühere AKW-Befürworter sitzen. In beiden Bereichen haben die ehemaligen SVP-Politiker seit ihrem Rauswurf aus der SVP einen weiten Weg vom rechten Rand zur Mitte und darüber hinaus zurückgelegt. In der Summe politisiert die BDP-Bundesausschuss in der Mitte, wobei sie – wie die CVP – einmal mit der Linken, einmal mit rechts Koalitionen einget. Über die beiden erwähnten Bereiche hinaus schaffte es die BDP in der ersten Hälfte der Legislatur indes nicht, ihr Profil zu schärfen.

Angriff auf FDP-Liberale

Jenes Thema, das die zweite Hälfte der Legislatur, spätestens aber das Wahljahr prägen wird, hat Landolt eigenützig bereits angrissen: Die Vertretung der Parteien in der Landesregierung. Der offenbaren gern provozierende Parteipräsident dachte schon Mitte des laufenden Jahres, nicht zum ersten Mal, diesmal aber laut, über eine neue Konkordanz nach. SVP und FDP-Liberale sollten zusammen zwar weiter drei Sitze halten, aber der zweite Sitz gehöre der SVP, nicht der FDP, meinte er. Ginge man von zwei Sitzen aus, die der Linken zustünden, würden die übrigen zwei Sitze an die Mitteparteien gehen.

Während Freisinnige in Landolt sofort den «Totengräber der Konkordanz» erblickten, wurde diesem von der SP sekundiert, die meinte, es sei legitim, die Doppelvertretung der FDP zu thematisieren. CVP-Chef Christophe Darbellay gab zu Protokoll, man wolle eine Bundesrätin, die gute Arbeit leiste, nicht abwehnen. Blieben die Mehrheitsverhältnisse gleich, wäre demnach die Wiederwahl Widmer-Schlumpfs gesichert. Der verfrühte Angriff passt in eine offensichtlich abgesprochene Strategie.

Während das Geschirr zwischen FDP und BDP zerschlagen ist, ist die schon lange debattierte Kooperation mit der CVP zwar mittlerweile vertieft worden, materiell aber noch nicht entscheidend weitergekommen. Immerhin zeigte die CVP bei den Beratungen zu «Lex USA», dass sie es mit der Unterstützung der BDP-Bundesrätin ernst nimmt.

Dies war ein erster, wichtiger Prüfstein dieser Legislatur, der den Grad der Annäherung beider Parteien gezeigt hat.

Lebendiges Genmaterial

Nebst dem Wirken von Bundesausschuss und Parteispitze haben die BDP-Leute Fleissarbeit in den Kantonssektionen, die BDP zählt 7000 Mitglieder. Allerdings präsentiert sich die Lage in den Kantonen unterschiedlich. Die Westschweiz entpuppt sich als sehr hartes Pflaster: Die BDP hat dort, zutreffend sicherlich, ein alemannisches und reformiert-ländliches Image. In der Waadt, in Neuenburg und in Genf bleibt die BDP praktisch inexistent, ebenso im katholischen Wallis. In Freiburg resultierten zwei Sitze im kantonalen Parlament, ebenso viele gab es in den Kantonen St. Gallen und Solothurn. Besser schnitt die BDP in den Kantonen Thurgau und Aargau ab, wo es traditionell eine gemässigte bäuerliche und gewerbliche Wählerschaft gibt.

Die Positionierung der BDP in Sachfragen, ihre im Vergleich zu SVP oder FDP kleineren Berührungspunkte mit der Linken und ihre Stützung in den Kantonen zeigt, wie lebendig das Genmaterial der früheren Demokraten ist, deren Glarner und Bündner Teil 1971 mit der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) zur SVP fusioniert haben. Schon früher sahen sich die Demokraten als Brückenbauer zwischen der Linken und anderen bürgerlichen Kreisen. Was als Abspaltung von der SVP begann, nimmt nun immer stärker Referenz an der Politik früherer Tage.

WAS DIE «NEUE MITTE» IST UND WAS SIE WILL – SECHS FRAGEN AN BDP-PRÄSIDENT MARTIN LANDOLT UND GLP-PRÄSIDENT MARTIN BÄUMLE

Ihre Partei wird der «neuen Mitte» zugeordnet. Was ist neu an dieser Mitte?



Landolt: Wir haben primär die Mitte gestärkt, nicht nur einfach erneuert. Neu ist, dass mit uns die Mitte auch für eine progressive junge Generation wieder attraktiv geworden ist.



Bäumle: Neu ist, dass wir sachbezogen und unverkennbar auch mit anderen Parteien Lösungen erarbeiten, diese dann mehrheitsfähig machen und auch umsetzen.

Welche andere Partei steht Ihrer Partei politisch am nächsten und warum?

Landolt: Laut Abstimmungsauswertungen haben wir mit der CVP die höchste Übereinstimmung. Nicht zufällig haben wir mit ihr ja inzwischen auch eine Kooperation auf nationaler Ebene institutionalisiert.

Bäumle: Das kommt auf das Thema an: In der Wirtschafts- und Finanzpolitik stehen uns wohl FDP, BDP und SVP am nächsten, in der Umweltpolitik GPS und SP und in gesellschaftsliberalen Fragen SP, GPS und FDP.

Die drei Sprachen der Opposition

Eine Bilanz der kantonalen Parlamentswahlen. Von Daniel Bochsler, Pascal Sciarini und Karima Bousbah

Schweizweit sind die alten bürgerlichen Parteien unter Druck. Doch so uniform dieser Protest gegen die Regierungsparteien sein mag, so unterschiedlich manifestiert er sich in den Sprachregionen.

Die Genfer Wahlen haben das stetige Bröckeln der alten bürgerlichen Parteien bestätigt und liegen damit im gesamtschweizerischen Trend. Dies zeigt die Analyse der kantonalen Wahlen zur Halbzeit der derzeitigen Legislaturperiode der eidgenössischen Räte. Zwischen November 2011 (Freiburg) und dem vergangenen Wochenende (Genf) haben exakt 13 Kantone ihre Parlamente neu bestellt.

Die beiden historischen Parteien des bürgerlichen Lagers, FDP und CVP, verkörpern Kontinuität und Regierungsverantwortung. Doch schweizweit weht ein Wind der Erneuerung durch die Kantonsparlamente, und damit setzt sich auch die langsame Erosion der Altparteien fort. Seit Anfang der 1990er Jahre haben sowohl die FDP als auch die CVP rund einen Drittel ihrer Vertretung in den Kantonsparlamenten eingebüsst. Und allein in den letzten zwei Jahren haben sie in kantonalen Wahlen wiederum rund 0,6 Prozent Wähler- und Sitzanteile verloren. Beide Parteien schneiden in kantonalen Wahlen besser ab als in den Nationalratswahlen, aber der langfristige Trend verläuft in nationalem und kantonalen Wahlen parallel.

Während die CVP ihre Wählerschaft in den katholischen Kantonen nicht halten kann – besonders deutlich verlor sie in Freiburg und im Wallis –, verlieren die FDP-Liberalen in drei traditionell freisinnig-liberalen Kantonen der Romandie massiv: in der Waadt (–4,8 Prozent), in Neuenburg (–4,5) und in Genf (–3,9). Jetzt wird in der Partei über die Fusion gehandelt; doch in den wenigen Wahlbezirken, wo FDP und Liberale weiterhin getrennt antreten, sieht die Bilanz nicht besser aus.

Sanfte Töne hier ...

Der Trend gegen die alten Regierungsparteien ist landesweit der gleiche, doch die Opposition ist in den drei Sprachgebieten jeweils eine andere.

Die Deutschschweizer Wähler drücken ihren Wunsch nach Erneuerung in sanften Tönen aus. So stärkten sie Grünliberale und BDP, zwei eher konsensorientierte Parteien. Allein in den letzten zwei Jahren konnten die Grünliberalen um 1,2 Wählerprozente zulegen. Doch der Zuwachs der beiden Parteien bleibt eng begrenzt. Erstmals liegen uns jetzt detaillierte Wähleranteile für alle Proporzkantone vor, und sie zeigen, dass die Grünliberalen auf eine enge Nische begrenzt bleiben. Nur in Zürich erreichen sie 10 Prozent der Stimmen, doch in allen anderen Mittellandkantonen stagnieren sie bei der 5-Prozent-Marke. Die BDP konnte zwar in Bern und in Glarus die FDP deplacieren und

erreichte dort einen stolzen Wähleranteil von jeweils rund 16 Prozent. Doch die meisten BDP-Wähler stammen weiterhin aus den beiden Kantonen sowie Graubünden, also dorthin, wo sie sich von der SVP abgespalten hat. Zwar ist die BDP in den ländlicheren Gebieten des Mittellandes inzwischen fast flächendeckend präsent, aber sie erreicht ausserhalb ihrer drei Ursprungskantone nur wenige Wählerprozente. In der Westschweiz und im Tessin, aber auch in den katholischen Gebieten der Deutschschweiz bleibt die BDP marginal.

... lauter Protest dort

In der Romandie hat sich die BDP mit eigenen oder überparteilichen Listen seit 2011 an vier von fünf kantonalen Wahlen beteiligt, aber Sitze gewonnen hat sie nur in Freiburg. Das liegt nicht nur an den hohen Prozenthürden für den Mandatsgewinn in den Westschweizer Kantonen: Gemäss unserer Schätzung erreichte die Partei in allen vier Kantonen kaum mehr als 1 Prozent der Stimmen. Die Grünliberalen sind zwar nach Neuenburg und Freiburg vorge-drungen. In Genf aber haben sie die Prozenthürde für den Sitzgewinn im Parlament deutlich verpasst, und in der Waadt verdanken sie ihre stättliche Vertretung vor allem ihrer taktisch geschickten Vorgehensweise beim Abschluss von Mischlisten.

Während in der Deutschschweiz der Aufstieg der SVP bereits in den 1990er und 2000er Jahren erfolgt ist, hat in der

Romandie das Anti-Immigrations-Lager Nachholbedarf.

Vorbei sind die Nachwehen der EWR-Abstimmung, als sich die Romands gerne als dieöffnungswilligeren und toleranteren Compatriotes darstellten. In Freiburg, Neuenburg und im Wallis ist es die SVP, welche die Altparteien das Fürchten lehrt. In Genf ist es das MCG, das politisch immer stärker ein SVP-Profil annimmt, dessen Politikstil aber eher an die Lega del Ticinesi erinnert. Letztere ist im Tessin wieder auf der Gewinnerseite und hat zuletzt in den kantonalen Wahlen 2011 den übrigen Regierungsparteien schmerzliche Verluste zuzuf.

Erstmals basiert diese Halbzeitbilanz nicht nur auf den Sitzanteilen der Parteien in den Parlamenten, sondern auch auf den Wählerstimmen. Dies wird nicht nur an den hohen Prozenthürden für den Mandatsgewinn in den Westschweizer Kantonen: Gemäss unserer Schätzung erreichte die Partei in allen vier Kantonen kaum mehr als 1 Prozent der Stimmen. Die Grünliberalen sind zwar nach Neuenburg und Freiburg vorge-drungen. In Genf aber haben sie die Prozenthürde für den Sitzgewinn im Parlament deutlich verpasst, und in der Waadt verdanken sie ihre stättliche Vertretung vor allem ihrer taktisch geschickten Vorgehensweise beim Abschluss von Mischlisten.

Während in der Deutschschweiz der Aufstieg der SVP bereits in den 1990er und 2000er Jahren erfolgt ist, hat in der

Grünliberale – der Name ist Programm genug

Wie sich die GLP in der Tagespolitik zwischen grün und liberal durchwurstelt

Sind die Grünliberalen nun eigentlich Freisinnige im grünen Mäntelchen oder eher Grüne ohne Gewerkschaftsausweis? Vielleicht ist die GLP gerade deshalb erfolgreich, weil alles noch offen und möglich ist.

Martin Senti

Es ist zweifellos Kalkül der Parteispitze, dass die Grünliberalen auch im siebten Jahr ihres Bestehens noch immer über kein Programm verfügen. Müsstens sie eines schreiben, gäbe es wohl beim einen oder anderen Punkt Reibereien, bei der Sicherheit, in der Asylpolitik oder zu Europa. Lieber also gleitet der Parteichef Martin Bäumle selektiv über die politische Agenda und steckt hier und dort tagespolitische Positionsbezüge der GLP im Alleingang ab. Die kargen Leitlinien der Landespartei von 2007 stammen ebenfalls aus Bäumles Feder; sie wurden von seiner Zürcher Gründersektion übernommen und gelten bis heute per Vorstandsbeschluss.

Doppelt kalibriert

Nun hat Bäumle vergangene Woche eine «inhaltliche Verdichtung» in diversen Politikbereichen angekündigt. Man darf gespannt sein, wie dicht das tatsächlich werden soll. Denn trotz aller Vagheit gerät der zugleich auf «grün» und «liberal» kalibrierte GLP-Kompass jetzt schon leicht ins Trudeln, sobald es konkret wird. Das hat sich etwa beim Thema Raumplanung bzw. Zersiedelung gezeigt: Während die Parteileitung im Auftrag der bürgerlichen Parteien die liberale Nein-Kampagne gegen die Zweitwohnungsinitiative zu verantworten hatte, schlossen sich diverse GLP-Kantonalparteien ungeniert den rot-grünen Befürwortern an. «Grün» und «liberal» treten häufig in Widerspruch, weil umweltpolitisch motivierte Verbote, Steuern, Abgaben und «Nudges» eben doch immer ein Weniger an individueller Wahlfreiheit bezwecken. Das ist Bäumle bewusst, und er hat für seine Partei festgelegt, dass im Zweifelsfall «grün» vor «liberal» gehe. Dass er sich selber nicht konsequent danach richtet, das kritisiert vorab die rot-grüne Konkurrenz.

Welches ist Ihr Wahlziel für die eidgenössischen Wahlen 2015?

Landolt: Wir wollen 2019 die 10-Prozent-Marke überschreiten. Dazu wäre es natürlich hilfreich, 2015 mindestens die halbe Distanz bewältigt zu haben.

Bäumle: Wir streben einen Anteil von 7 bis 8 Prozent an – und eine Bundesratszusammensetzung, die sowohl den Wirtschaft- und Standort sichert als auch die Energiewende mit einer ökologischen Steuerreform.

Nachgefragt (schriftlich): se.

Partei recht: Bei der Gründung der Landespartei 2007 gab es neben der Zürcher GLP erst gerade eine St. Galler Sektion. Inzwischen sind es 18 Kantonalparteien; auf eidgenössischer Ebene hat sich die GLP zur Fünf-Prozent-Partei gemauert, mit zwölf Nationalrats-sitzen und je einem Ständeratssitz in Zürich und in Uri (wo übrigens noch keine kantonale Sektion besteht).

Das macht die GLP zwar noch nicht zur bedeutenden Kraft. Als Zünglein an der Waage ist ihr Einfluss aber spürbar, und bei Wahlen ist sie längst ein Ärgernis für die darbenende Konkurrenz. Zu nächst bedrängte die GLP in Zürich die SP, mittlerweile grast sie längst auch im freisinnigen und im grünen Gärtchen. Die Grünliberalen vermögen also – und das macht sie besonders – über den Links-Rechts-Graben hinaus zu mobilisieren; man fühlt sich an den einstigen LdU erinnert. Und so gehört denn die GLP bei Halbzeit der Legislatur neben der BDP zu den Gewinnern der kantonalen Parlamentswahlen. Sie hat in Freiburg, Solothurn, Baselst., St. Gallen, im Aargau und im Thurgau zulegen können. Darüber hinaus vermochte sie sich in der Westschweiz zu etablieren, dies mit teilweise namhaften Sitzgewinnen in der Waadt und in Neuenburg; nicht gerade hat es in Genf. Auch in Basel-Stadt kam die GLP nicht voran.

Kleinpartei im Aufbau

Organisatorisch stecken die Grünliberalen noch in den Kinderschuhen. Erst in diesem Sommer hat die Partei Räumlichkeiten für ein eigentliches Parteisekretariat bezogen – an der Berner Laupenstrasse, unweit von Bahnhof und Bundeshaus. Zuvor hatte man Zimmer im Parlamentsgebäude genutzt, das Sekretariat wurde per Home-Office bedient. Trotz Ausbau von Fraktion und Backoffice dreht sich personell nach wie vor fast alles am Parteigründer Bäumle.

Ideologisch unbeschwert

Es sind indes nicht nur parteitaktische Spiele, welche die Differenzen innerhalb der sogenannten «neuen Mitte» ausmachen. Hinsichtlich ihres Wählerpotenzials ist die GLP als Abspaltung von den Grünen städtisch orientiert, während die BDP als Abspaltung von der SVP stärker im ländlichen Raum verankert ist. GLP-Wähler stehen zudem vielfach links: 2011 hat sich gemäss der Selects-Wahlumfrage bloss einer von zehn BDP-Wählern als eher links der Mitte eingestuft, das tat indes fast jeder zweite GLP-Wähler. Solch unterschiedliche Affinitäten lassen sich auch aus Panascherstatistiken ablesen. Von ideologischer Unbeschwertheit zeugen ferner die vielfältigen Wahlbündnisse, welche die GLP eingeht – da wird strikt mathematisch sondiert, nicht inhaltlich. Der Erfolg gibt der jungen Partei recht: Bei der Gründung der Landespartei 2007 gab es neben der Zürcher GLP erst gerade eine St. Galler Sektion. Inzwischen sind es 18 Kantonalparteien; auf eidgenössischer Ebene hat sich die GLP zur Fünf-Prozent-Partei gemauert, mit zwölf Nationalrats-sitzen und je einem Ständeratssitz in Zürich und in Uri (wo übrigens noch keine kantonale Sektion besteht).

Das macht die GLP zwar noch nicht zur bedeutenden Kraft. Als Zünglein an der Waage ist ihr Einfluss aber spürbar, und bei Wahlen ist sie längst ein Ärgernis für die darbenende Konkurrenz. Zu nächst bedrängte die GLP in Zürich die SP, mittlerweile grast sie längst auch im freisinnigen und im grünen Gärtchen. Die Grünliberalen vermögen also – und das macht sie besonders – über den Links-Rechts-Graben hinaus zu mobilisieren; man fühlt sich an den einstigen LdU erinnert. Und so gehört denn die GLP bei Halbzeit der Legislatur neben der BDP zu den Gewinnern der kantonalen Parlamentswahlen. Sie hat in Freiburg, Solothurn, Baselst., St. Gallen, im Aargau und im Thurgau zulegen können. Darüber hinaus vermochte sie sich in der Westschweiz zu etablieren, dies mit teilweise namhaften Sitzgewinnen in der Waadt und in Neuenburg; nicht gerade hat es in Genf. Auch in Basel-Stadt kam die GLP nicht voran.

Das macht die GLP zwar noch nicht zur bedeutenden Kraft. Als Zünglein an der Waage ist ihr Einfluss aber spürbar, und bei Wahlen ist sie längst ein Ärgernis für die darbenende Konkurrenz. Zu nächst bedrängte die GLP in Zürich die SP, mittlerweile grast sie längst auch im freisinnigen und im grünen Gärtchen. Die Grünliberalen vermögen also – und das macht sie besonders – über den Links-Rechts-Graben hinaus zu mobilisieren; man fühlt sich an den einstigen LdU erinnert. Und so gehört denn die GLP bei Halbzeit der Legislatur neben der BDP zu den Gewinnern der kantonalen Parlamentswahlen. Sie hat in Freiburg, Solothurn, Baselst., St. Gallen, im Aargau und im Thurgau zulegen können. Darüber hinaus vermochte sie sich in der Westschweiz zu etablieren, dies mit teilweise namhaften Sitzgewinnen in der Waadt und in Neuenburg; nicht gerade hat es in Genf. Auch in Basel-Stadt kam die GLP nicht voran.

Kleinpartei im Aufbau

Organisatorisch stecken die Grünliberalen noch in den Kinderschuhen. Erst in diesem Sommer hat die Partei Räumlichkeiten für ein eigentliches Parteisekretariat bezogen – an der Berner Laupenstrasse, unweit von Bahnhof und Bundeshaus. Zuvor hatte man Zimmer im Parlamentsgebäude genutzt, das Sekretariat wurde per Home-Office bedient. Trotz Ausbau von Fraktion und Backoffice dreht sich personell nach wie vor fast alles am Parteigründer Bäumle.

Ideologisch unbeschwert

Es sind indes nicht nur parteitaktische Spiele, welche die Differenzen innerhalb der sogenannten «neuen Mitte» ausmachen. Hinsichtlich ihres Wählerpotenzials ist die GLP als Abspaltung von den Grünen städtisch orientiert, während die BDP als Abspaltung von der SVP stärker im ländlichen Raum verankert ist. GLP-Wähler stehen zudem vielfach links: 2011 hat sich gemäss der Selects-Wahlumfrage bloss einer von zehn BDP-Wählern als eher links der Mitte eingestuft, das tat indes fast jeder zweite GLP-Wähler. Solch unterschiedliche Affinitäten lassen sich auch aus Panascherstatistiken ablesen. Von ideologischer Unbeschwertheit zeugen ferner die vielfältigen Wahlbündnisse, welche die GLP eingeht – da wird strikt mathematisch sondiert, nicht inhaltlich. Der Erfolg gibt der jungen Partei recht: Bei der Gründung der Landespartei 2007 gab es neben der Zürcher GLP erst gerade eine St. Galler Sektion. Inzwischen sind es 18 Kantonalparteien; auf eidgenössischer Ebene hat sich die GLP zur Fünf-Prozent-Partei gemauert, mit zwölf Nationalrats-sitzen und je einem Ständeratssitz in Zürich und in Uri (wo übrigens noch keine kantonale Sektion besteht).